

AT

Ausschuß für Innere Verwaltung

## Protokoll

9. Sitzung (nicht öffentlich)

31. Januar 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.50 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD)

Stenograph: Eilting

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

#### 1 Aktuelle Viertelstunde

##### a) "Staus raus aus dem Radio"

Frage des Abgeordneten Paus (CDU)

2

Die Frage wird von Staatssekretär Riotte (IM) beantwortet.

##### b) Gezielte Blockaden des Straßen- und Schienenverkehrs insbesondere im Zuge von Schülerdemonstrationen

Frage des Abgeordneten Paus (CDU)

3

Der Ausschuß nimmt eine Berichterstattung von Staatssekretär Riotte (IM) entgegen und debattiert anschließend über die Polizeieinsätze bei derartigen Demonstrationen.

**c) Brand des Dienstwagens von Minister Heinemann**

Frage des Abgeordneten Frechen (SPD)

7

Staatssekretär Riotte (IM) beantwortet die Frage und will eine dazu gegebene Anregung aus dem Ausschuß aufgreifen.

**d) § 218 - Speicherung tatverdächtiger Frauen im Polizeicomputer**

Frage des Abgeordneten Appel (GRÜNE)

8

Staatssekretär Riotte (IM) nimmt Stellung.

**2 Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes NW**Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/965

9

Der Gesetzentwurf wird nach kurzer Aussprache vom - mitberatenden - Ausschuß für Innere Verwaltung bei Stimmenthaltung der GRÜNEN, im übrigen einstimmig **angenommen**.

**3 Gesetz zur Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991  
(Haushaltsgesetz 1991)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/800

Einzelplan 03 - Innenministerium  
Vorlagen 11/243 und 290  
Zuschriften 11/169, 179, 263, 345 und 357

10

Der Ausschuß berät weitere Einzelfragen zu Einzelplan 03 mit den Vertretern des Innenministeriums.

**4 Auf Kernaufgaben der Landespolitik konzentrieren  
- Sofortige Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Polizei -**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 11/795

13

Nach kurzer Aussprache vereinbart der Ausschuß einvernehmlich, im Anschluß an die Italienreise auf diesen Punkt zurückzukommen.

Seite

**5 Verschiedenes**

- |   |    |
|---|----|
| <b>a) Italienreise</b>  | 14 |
| <b>b) Zur Tagesordnung der nächsten Sitzungen</b>                           | 15 |
| <b>c) Durchsuchungsaktion in Bonn-Bad Godesberg am<br/>9. Januar 1991</b>   | 15 |
| <b>d) Zusammenarbeit mit dem Innenausschuß des Landtags<br/>Brandenburg</b> | 16 |

-----

Der **Ausschuß** nimmt den Gesetzentwurf bei Stimmenthaltung der GRÜNEN, im übrigen einstimmig an.

**3 Gesetz zur Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/800

Einzelplan 03 - Innenministerium  
Vorlagen 11/243 und 290  
Zuschriften 11/169, 179, 263, 345 und 357

**Abgeordneter Paus (CDU)** erinnert zunächst an die am 10. Januar zugesagte Übersicht über die im Rahmen der Umsetzung der **Kommunikationsanalyse** von Mummert & Partner vorgesehenen Anschaffungen.

**Oberregierungsrat Brungs (Innenministerium)** versichert, die Vorlage sei vom Fachreferat erstellt; er wisse nicht, warum sie noch nicht vorliege. Die vom Abgeordneten Paus in der vorletzten Sitzung angesprochenen 5 Millionen DM sollten investiert werden, um Polizeiwachen mit DV-Technik auszustatten, die dazu diene, insbesondere die Aufnahme und Bearbeitung von Anzeigen zu unterstützen.

**Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.)** fragt, warum bei **Kap. 03 020 Tit. 516 70 - Persönliche Ausstattung der Helfer des regionalen Katastrophenschutzes -** der Ansatz erheblich gekürzt worden sei. - **Ministerialrat Huylmans (Innenministerium)** verweist auf die weit unter dem Ansatz liegenden Ist-Ausgaben des Jahres 1989.

Ausschuß für Innere Verwaltung  
9. Sitzung

31.01.1991  
ei-pr

Die Minderung des Ansatzes bei **Kap. 03 110 Tit. 525 10 - Aus- und Fortbildung der Bediensteten -**, über die **Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.)** sich erstaunt zeigt, erklärt **StS Riotte (IM)** damit, daß die **ADV-bezogene Aus- und Fortbildung nach Titelgruppe 60 - Informations- und Kommunikationstechnik -**, **Tit. 525 60**, umgesetzt werde.

**Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.)** begrüßt grundsätzlich die Erhöhung des Ansatzes bei **Kap. 03 110 Tit. 546 40 - Kosten für die Werbung und Einstellung von Nachwuchskräften -**, möchte dazu aber wissen, ob die Werbung zukünftig professioneller und ehrlicher gestaltet werde; denn die Hochglanzbroschüren und die Aussagen auf Werbeplakaten in Bahnen und Bussen gingen häufig an der Realität des Polizeidienstes vorbei.

**StS Riotte (IM)** führt aus, um die 1 200 Einstellungen zu realisieren, benötige das Ministerium etwa 8 000 Bewerbungen. Dort, wo es darum gehe, junge Leute für einen Beruf zu interessieren, stehe die Polizei in Konkurrenz zu vielen anderen, die in der Werbung nicht zurückhaltend seien; es gehe insoweit darum, mit den Werbemitteln aufzufallen.

Entscheidend sei, denjenigen, die dann in das Bewerbungsverfahren einträten, hinreichend früh eine ausreichende sachliche Information zu geben. In dieser Phase träfen die meisten Interessenten mit einem Einstellungsberater zusammen, dessen Aufgabe es sei, auch im Hinblick auf die weitere Verwendbarkeit der Bewerber möglichst objektiv zu informieren.

In dem gestiegenen Ausgabenansatz spiegele sich wider, daß derzeit die Zahl der Ausbildungsstellen zunehme, aber die Zahl der Nachfrager zurückgehe, so daß es schwieriger werde, Nachwuchs zu gewinnen.

**Abgeordneter Frechen (SPD)** wüßte gerne, um wieviel der sonstige Personal- und Sachkostenaufwand erhöht werden müsse, wenn der Landtag die Zahl der Anwärterstellen für Polizeibeamte heraufsetze.

Ausschuß für Innere Verwaltung  
9. Sitzung

31.01.1991  
ei-pr

Nach Angaben von StS Riotte (IM) kostet jeder Anwärter pro Jahr etwa 6 000 DM für Kleidung und Unterbringung und rund 5 000 DM für Unterricht, technische Ausstattung, Büroeinrichtung usw. Außerdem würden für je 100 Anwärter etwa 8 zusätzliche Hilfskräfte, zu zwei Dritteln Angestellte und einem Drittel Arbeiter, benötigt.

Der Vergütungsaufwand für einen Anwärter - nach dem sich Abgeordneter Paus (CDU) erkundigt - beträgt nach Auskunft von Ministerialrat Dr. Lehne (Innenministerium) etwa 20 000 DM pro Jahr, für das laufende Jahr also etwa 5 000 DM, wenn die Einstellung im Oktober erfolge.

Auf Bitte des Vorsitzenden sagt der Staatssekretär zu, die von einer Erhöhung der Anwärterstellen betroffenen Titel und Ausgabenpositionen schriftlich mitzuteilen.

Zur Fachhochschule für öffentliche Verwaltung - Kap. 03 350 - fragt Abgeordneter Frechen (SPD), welche Beträge für eine C-3- und eine C-2-Professorenstelle einzusetzen wären. - Für den Rest des Jahres reichten für eine C-2-Stelle etwa 30 000 DM und für eine C-3-Stelle etwa 40 000 DM, antwortet MR Huylmans (IM).

Auf Frage des Abgeordneten Appel (GRÜNE) teilt MR Huylmans (IM) mit, bei dem in der vorletzten Sitzung bereits angesprochenen Schutzbauwerk für den WDR befinde sich die Planung in der Vorbereitungsphase.